WP-01-K1-547-4

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	Yannick Lehmann (KV Berlin-Mitte)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 546 bis 548 einfügen:
fehlenden Ressourcenbündelung. Deswegen braucht es eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung durch eine effiziente Koordination und Zusammenarbeit innerhalb der bestehenden Strukturen. Damit gehen wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die europäische und internationale

Begründung

Die Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung muss innerhalb der jeweilig zuständigen staatlichen Institution bleiben. Die Digitalisierung ist über alle Themenfelder und Institutionen hinweg ein zentraler Bestandteil des modernen Staats und einer zukunftsfähigen Verwaltung. Die Digitalisierung der Verwaltung krankt nicht an fehlenden Strukturen oder organisatorischen Voraussetzungen. Neben einheitlichen Standards und Abläufen ist es notwendig, die Fachkompetenz und Planungskompetenz für eine effiziente Digitalisierung zu kombinieren.

Auch wenn eine Staatsreform der föderalen Strukturen sinnvoll ist (siehe Kapitel 1-B), wird diese zeitaufwändig sein. Unsere politische Forderung ist deshalb, die Digitalisierung innerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen zu beschleunigen. Denn diese sind in den vergangenen Jahren durchaus vom Bundes-CIO beginnend strukturiert worden und trotz ihrer Komplexität mittlerweile prinzipiell arbeitsfähig.

Der Aufbau einer neuen zentralen Steuerung zusätzlich zu Bundes-CIO, IT Rat, IT Planungsrat, FITKO, KoSIT, Rat der Datenschutzbehörden etc., zum Beispiel durch ein Digitalministerium, würde die Handlungsfähigkeit der Fachinstanzen über längere Zeit ausbremsen.

Sachstand des Wissenschaftlichen Dienstes (10 - 3000 - 039/23) Digitalministerien auf Bundes-, Landes-, und internationaler Ebene:

"Auf Bundesebene ist kein eigenständiges Digitalministerium eingerichtet. Digitalisierung betrachtet die Bundesregierung vielmehr als eine Querschnittsaufgabe, die sämtliche Ressorts betrifft und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich macht. Die vielseitigen Digitalisierungsfragen werden in den Bundesministerien behandelt, deren fachliche Zuständigkeit betroffen sind."

weitere Antragsteller*innen

Esther Kern (KV Berlin-Mitte); Jessica Thiemann (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Lichtenberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jakob Döring (KV Berlin-Pankow); Felix Hoffmann (KV Berlin-Pankow); Angela Büttner (KV München); Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte); Sascha Bachmann (KV Berlin-Kreisfrei); Carsten Rossenhövel (KV Berlin-Mitte); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Jan Stockemer (KV Berlin-Pankow); Tilmann Schade (KV Berlin-Pankow); Mila Frerichs (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christian Fiebrig (KV Berlin-Pankow); Marta Mendec (KV Berlin-Lichtenberg); Lea Rajewski (KV Berlin-Mitte); Alexandra Prause (KV Berlin-Pankow); Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.